

Ausbau der S 31 bringt mehr Verkehrssicherheit

FPÖ-Landeschef Johann Tschürtz begrüßt den Ausbau der S 31 von Mattersburg bis zur Anschlussstelle Weppersdorf/St. Martin und den 2020 beginnenden Ausbau der S 4 Richtung Wiener Neustadt als nachhaltige Aufwertung des hochrangigen Straßennetzes im Burgenland. **S. 13**



Foto: FPÖ Burgenland

Asyl: Bund holt sich die Kontrolle zurück

Aus für die „Asylindustrie“, der Bund übernimmt jetzt Betreuung und Beratung **S. 2/3**



Sozial UND fair: Mindestsicherung Neu

Verbesserungen für Behinderte und Pflegende, Verschärfungen für Ausländer – **S. 4/5**

PARLAMENT

Streichung der GIS?

FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs hat in der ORF-„Pressestunde“ vorgeschlagen, die GIS im Rahmen der Steuerreform abzuschaffen und den ORF aus dem Budget zu finanzieren – auch um Einsparungs- und Effizienzpotentiale im ORF zu heben. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Die „Backstop“-Falle

Die Briten wehren sich gegen das Diktat zum EU-Austritt. Denn mit dem „Backstop“ will Brüssel Nordirland der Regierungsgewalt Großbritanniens entreißen und de facto als Kolonie führen. Deswegen scheitern bisher die Brexit-Abstimmungen in London. **S. 8/9**

WIEN

„Wien-Bonus“-Schmäh

Wollte SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig seinen „Wien-Bonus“ via Meldezettel in der Stadtverwaltung umsetzen, müsste er eine Menge „abgewanderter“ Magistratsbedienstete entlassen. Daher ist sein „Wien-Bonus“ für die FPÖ nur ein Schmäh. **S. 11**

MEDIEN

Infotainment für Links

Eine vom Publikumsrat in Auftrag gegebene Umfrage bestätigt die Kritik am Informationsangebot des Staatsfunks. Nur mehr Linke sind mit dem Gebotenen zufrieden, und nur mehr die Hälfte der Seher sieht das Objektivitätsgebot durch den ORF erfüllt. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Die linke Twitter-Schickeria ist seit Monaten in Schnappatmung verfallen und malträtiert hysterisch ihre Handys, um Österreich vor der Machtübernahme durch die „Nazis“, die „ehemaligen“ oder die „Rechtsradikalen“ – also der FPÖ – zu bewahren.

Noch immer Fasching?

Die Verdachtsmomente sind ja enorm. „Der Christchurch-Massenmörder war mind. 2x in Österreich, vom Heeresgeschichtlichen Museum in Wien bis Innsbruck“, twitterte Armin Wolf – Gerüchten zufolge aus dem Panikraum des ORF-Redakteursrats, in den er sich nach dem „Pressestunde“-Auftritt von Hubert Fuchs mit den verängstigten Kollegen geflüchtet hat, um die „Unabhängigkeit des ORF“ zu verteidigen.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft hat sich bisher nicht zu den vermehrten, bisweilen tödlichen Annäherungsversuchen ihrer Schäfchen geäußert, aber prompt das Massaker in Neuseeland als Ausfluss der „anti-muslimischen Hetze“ der FPÖ demaskiert.

Für den ehemaligen Flüchtlingskoordinator und Niederösterreichs realen Landeshauptmann Christian Konrad, nun Initiator der Willkommensbewegung „Menschen. Würde. Österreich“, sind Innenminister Kickls Vorhaben zum Schutz der Österreicher nur eine „Flucht vor der Realität“.

Völlig real hingegen eine Studie, wonach „Moslems.Asyl.Mindestsicherung“ in Österreich den Antisemitismus ihrer Heimat pflegen und, wie die iranischen Ayatollahs, die Juden gerne ins Mittelmeer treiben würden – damit sich die Moslems dort ungestört gegenseitig ins Paradies befördern können.

Leute, endet der Fasching jetzt nicht mehr am Aschermittwoch?

Verfahrensverschleppung d

Schnellere Asylverfahren, mehr Sicherheit für die Österreicher – Antisemi

Die Bundesregierung will wieder Herr über das Asylverfahren sein und wird deshalb Betreuung und Beratung von Asylwerbern über eine Agentur selbst in die Hände nehmen. Die Agentur wird dem Innenministerium unterstehen und die bisherige Arbeit der NGO's und Privatanbieter übernehmen.

Nach dem eklatanten Anstieg der Kriminalität von Asylwerbern hatte FPÖ-Innenminister Herbert Kickl schon länger auf die Übernahme des Asylverfahrens durch den Bund gedrängt. Nach Bluttat in Dornbirn hat jetzt auch das Justizministerium, das für die Asylberufungsinstanz zuständig ist, zugestimmt.

Rechtsberatung statt Utopiepflege

Bisher waren für die Bundesquartiere wie die beiden Erstaufnahmestellen Traiskirchen und Thalham private Firmen zuständig, zuletzt das Schweizer Unternehmen ORS. Letzteres soll diese Aufgaben mit Mitte des kommenden Jahres an die Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) übergeben. Die Verhandlungen zur Vertragsauflösung hat das Innenministerium bereits eingeleitet.

Damit können Verträge mit den NGO's bezüglich Rechtsberatung mit Jahresende gekündigt werden, die maßgeblich für die Verfahrensverschleppung waren. Die neue Rechtsberatung wird eigenständig tätig sein und der Leiter dieser Abteilung vom Justizminister bestellt.

Auch die Übersetzungs- und Dolmetscherleistungen sollen von der Bundesagentur übernommen werden. Ebenso wandern auch die

Rechts- und Rückkehrberatung von den NGOs, wie der Diakonie oder der Caritas, an die neue Agentur. Die Rechtsberatung wird als ein eigener Bereich aufgebaut, in dem um die 110 Rechtsberater für die 1. und 2. Instanz tätig werden sollen.

Einsparungspotential nutzen

Justizminister Josef Moser betonte die Unabhängigkeit der Rechtsberatung, die Grundvoraussetzung für ein faires Verfahren sei. Durch die Zusammenführung für beide Instanzen entstünden aber auch kostenwirksame Synergieeffekte. Im Innenministerium beziffert man die mit Einsparungen von zwei Millionen für die Rechtsberatung. Innenminister Herbert Kickl sieht die Neuordnung auch als „Garant für eine objektive und realistische Rechtsberatung im Asylverfahren“.

Nicht zuletzt soll auch die Gefährdungsanalyse von Asylwerbern in der Agentur in Zusammenarbeit mit Exekutive und Verfassungsschutz erstellt werden und Sicherungshaft für Gefährder verhängt werden können.

Grundsätzlich sollte diese sechs Monate betragen, sie könne aber auf bis zu 18 Monate ausgedehnt werden, wenn „die Gefahr nach wie vor tatsächlich, gegenwärtig und hinrei-



Foto: BM/Längen-Makovec

Innenminister Herbert Kickl setzt die v
quent um. Mit der Rückführung des As

chend ist“, erläutert Justizminister Josef Moser. Denn Untersuchungshaft und Schubhaft reichen nicht immer aus, „um Fälle tatsächlich festzumachen“, damit die Bevölkerung nicht gefährdet sei. Die Sicherungshaft stelle nun eine „adaptierte Schubhaft“ mit wesentlich stärkeren Rechtsschutzinstrumenten dar.

Dass dies nicht unbegründet geschieht, wie die Opposition für ihre Verweigerungshaltung vorschreibt, bestätigte die letzte Woche von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka vorgelegte „Antisemitismus-Studie“.



SPITZE FEDER „Klimaparty“-Reste der Schulschwänzer.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Durch NGOs endet

Antisemitismus-Studie belegt Gefährdungspotential



von der FPÖ initiierten Asyl- und Sicherheitsreformen der Koalition konsensverfahren in die Behörde sollen Asylverfahren weiter verkürzt werden.

„Zugewanderter“ Antisemitismus

Die von einer Arbeitsgemeinschaft unter der Führung von IFES durchgeführte Studie bescheinigte, dass bei 10 Prozent der Bevölkerung „ein manifester Antisemitismus“ feststellbar sei. Aber erhebliche Abweichungen zum sinkenden Trend bei Österreichern zeigten sich in getrennt untersuchten Gruppen von Türkisch und Arabisch sprechende Menschen, in Österreich.

Die beiden Gruppen stimmten etwa viermal so stark der Aussage zu, dass sie schon nach wenigen Minuten erkennen könnten, ob ein

Mensch Jude ist, und dass vieles über die Judenverfolgung der Nazis übertrieben dargestellt werde. Das zeige, so Studienkoordinator Thomas Stern, ein „massives und besorgniserregendes antisemitisches Potenzial“.

Noch eklatanter zeige sich dieser Antisemitismus durch eine signifikante Ablehnung des Staates Israel. Von der Gesamtbevölkerung betrifft das nur mehr zehn Prozent, bei den arabischsprachigen Befragten aber 70 Prozent und bei den türkischsprachigen war es immer noch knapp die Hälfte.

AUFSTEIGER ↕



FPÖ-Finanzstaatssekretär **Hubert Fuchs**, der im Rahmen der Steuorentlastungsreform die ORF-Gebühr abschaffen und diesen aus dem Budget finanzieren will, da dieser – wie eine Umfrage zeigte – seinen Auftrag nicht mehr erfüllt.

ABSTEIGER ↕



Der **ORF-Redaktorsrat**, der hinter Fuchs Vorschlag einen „direkten Eingriff in die Redaktionen“ vermutet und die „garantierte Unabhängigkeit“ des ORF gefährdet sieht. Die garantierte Unabhängigkeit der links-grünen Redaktionen?

KURZ UND BÜNDIG



3. Piste schafft Arbeitsplätze

„Hoch erfreut“ zeigte sich der freiheitliche Generalsekretär und Verkehrssprecher Christian Hafenecker (Bild) über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes, die dritte Piste am Flughafen Wien in Schwechat zu genehmigen. „Mit dem heutigen Entscheid wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschlossen, somit ist der Weg für einen modernen Standort und die Schaffung von 10.000 neuen Arbeitsplätzen am Flughafen selbst und weiteren 20.000 in der weiteren Region gebnet“, erläuterte Hafenecker.

Demonstrieren in der Freizeit

Kritisch zeigte sich der geschäftsführende Bundesobmann der Freiheitlichen Jugend, Michael Raml (Bild), gegenüber einer sanktionslosen Teilnahme von Schülern am „Klimastreik“: „Obwohl ich Umweltschutz und die Klimaproblematik als sehr wichtige Aspekte erachte, halte ich eine Behandlung dieser Thematiken im Unterricht für zielführender. Schule und Bildung müssen immer Vorrang genießen.“ In unterrichtsfreien Zeiten steht es allen Schülern frei, sich an jeder Demonstration zu beteiligen, die ihnen wichtig sei.



Arbeitsverpflichtung einmahnen

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (Bild) will die rund 33.000 arbeitslosen und schwer vermittelbaren Asylberechtigten zu Arbeitseinsätzen, etwa als Erntehelfer oder im forstwirtschaftlichen Bereich, verpflichten. „Entweder qualifiziere ich diese Asylberechtigten oder ich setze sie verpflichtend ein, wo dringend Arbeitskräfte gebraucht werden, etwa zur Aufarbeitung der Borkenkäfer-Schäden in der Forstwirtschaft“, erläuterte Hartinger-Klein. Es gebe ohnedies eine indirekte Arbeitsverpflichtung, wenn jemand eine Sozialleistung in Anspruch nehme und eine zumutbare Arbeit angeboten bekomme.



BILD DER WOCHE Am „grünen Rasen“ des Kanzleramts: HC Strache und ÖVP-Minister Blümel wärmten sich für die Gesprächsrunde zu Sportübertragungsrechten mit einer Partie „Tipp-Kick“ auf.

Details zur Neuregelung der Mindestsicherung

Im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz sind folgende Höchstbeträge vorgesehen: 885,47 Euro für Alleinstehende (100 Prozent des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes 2019) oder 1.239,66 Euro für ein Paar (zweimal 70 Prozent des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes 2019).

Für Kinder wird es künftig gestaffelte Beträge geben: Für das erste Kind gebühren 25 Prozent, für das zweite Kind 15 Prozent und ab dem dritten Kind fünf Prozent des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes (1. Kind 221,37 Euro, 2. Kind 132,82 Euro, ab dem 3. Kind 44,27 Euro als Maximalwerte 2019).

Die für die Kinder gebührenden Beträge sind rechnerisch gleichmäßig auf die minderjährigen Kinder aufzuteilen.

Bei einer Familie mit drei minderjährigen Kindern würde sich daher pro Kind eine anteilige Leistung von 132,82 Euro ergeben.

Neu werden Zuschläge für Menschen mit Behinderung und Alleinerziehende sein, um dem besonders hohen Armutsrisiko dieser Personengruppen entgegenzuwirken.

Die Sozialhilfe soll vorrangig in Form von Sachleistungen erfolgen, sofern die Ziele der Sozialhilfe dadurch besser erreicht werden können. Leistungen, die der Deckung des Wohnbedarfs gewidmet sind, sind grundsätzlich als Sachleistung zu gewähren, außer es ist im Einzelfall unwirtschaftlich oder unzweckmäßig.

Eine „Deckelung“ gibt es nur für volljährige Personen und auch hier nur betreffend Geldleistungen. Sachleistungen haben von vornherein bei der Berechnung außer Ansatz zu bleiben. In einem Erwachsenenhaushalt mit Kindern werden

daher nur die Geldleistungen der Erwachsenen gedeckelt, die Sätze für Kinder bleiben davon unberührt.

Das Grundsatzgesetz gibt den Ländern einen Spielraum, nachgewiesene außerordentliche Unterstützungsbedarfe in Härtefällen in Form von Sachleistung abdecken zu können.

EU- und EWR-Bürger haben grundsätzlich erst nach einem fünfjährigen rechtmäßigen Aufenthalt einen Rechtsanspruch auf Mindestsicherung.

Drittstaatsangehörige haben grundsätzlich erst nach einem fünfjährigen rechtmäßigen Aufenthalt einen Rechtsanspruch auf Mindestsicherung – ausgenommen Asylberechtigte, die Inländern gleichgestellt werden müssen.

Solange Asylberechtigte nicht das Sprachniveau B1 in Deutsch oder C1 in Englisch und die Erfüllung der integrationsrechtlichen Verpflichtungen (§ 16b Abs. 1 IntG) nachweisen können, wird künftig nur mehr eine reduzierte Mindestsicherung (65 Prozent) als Geldleistung zustehen. Der Differenzbetrag auf die „volle“ Mindestsicherung wird als Sachleistung in Form von Sprach- bzw. Berufsqualifizierungsmaßnahmen gewährt.

Die „volle“ Mindestsicherung gebührt arbeitsfähigen Asylberechtigten erst dann, wenn sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sprich die Vermittelbarkeit gewährleistet ist.

Vermögenszugriff: Das Schonvermögen beträgt 5.300 Euro pro Bezugsberechtigtem. Erst nach drei Jahren – bisher 6 Monate – besteht die Möglichkeit eines Zugriffs der Behörden etwa auf ein Eigenheim des Mindestsicherungsbeziehers.



Sozialministerin Beate Hartinger-Klein hat die Mindestsicherung NEU vorgestellt.

Ordnung in das Mi

Koalition beschloss „Sozialhilfe neu“ mit Abschlä

Mit der Reform der Mindestsicherung hat die Bundesregierung jetzt ein Grundsatzgesetz geschaffen, das die unterschiedlichsten Landesgesetze mit einer Übergangsfrist harmonisieren soll. Neben den bereits bekannten Verschärfungen für Zuwanderer wurden Ausnahmenregelungen für Menschen mit Behinderungen geschaffen.

Die neue Bundesregierung hat vergangene Woche im Ministerrat ihr Modell der Sozialhilfe beschlossen, das die bisherige Mindestsicherung ersetzen soll. Die wichtigste Neuerung dabei ist, dass der Bonus für Behinderte von einer Kann- zu einer Muss-Bestimmung umgewandelt wurde.

Die neue Bundesregierung hat vergangene Woche im Ministerrat ihr Modell der Sozialhilfe beschlossen, das die bisherige Mindestsicherung ersetzen soll. Die wichtigste Neuerung dabei ist, dass der Bonus für Behinderte von einer Kann- zu einer Muss-Bestimmung umgewandelt wurde.

An die Länder, die mit Ausführungsgesetzen die neue Sozialhilfe umsetzen sollen, appellierte Hartinger-Klein: „Es geht nur miteinander, nicht gegeneinander.“

Wiedereinstieg in Arbeit fördern

Neben der Armutsbekämpfung seien nun der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und die Verhinderung der Zuwanderung in „unser Sozialsystem“ die Ziele, betonte Vizekanzler HC Strache: „Wir haben endlich ein Grundsatzgesetz geschaffen, das die unterschiedlichen Landesgesetze harmonisiert und mehr Fairness schafft, indem sie für Zuwanderer an ihren Integrationswillen und an ihre Deutschkenntnisse gebunden wird.“

Zusätzliche Präzisierungen

Im Vergleich zu den ursprünglichen Plänen hat die Regierung noch einige „Präzisierungen“ vorgenommen. Leben mehrere Sozialhilfebezieher in einer Wohngemeinschaft, so ist eine Deckelung von 175 Prozent des Ausgleichszulagenrichtsatzes (derzeit 1.510,25 Euro) vorgesehen. Klargestellt wurde nun, dass nicht nur Kinder, sondern auch Menschen mit Behinderungen von dieser Deckelung ausgenommen sind.

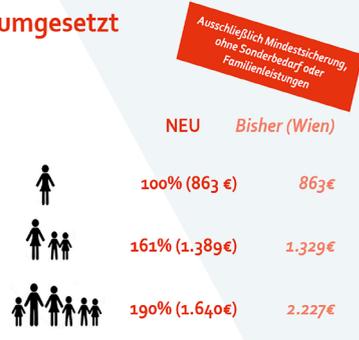
Sozialministerin Beate Hartinger-Klein sprach von einer „effizienten Lösung“, die die Menschen nicht in eine permanente Abhän-

Dauerhaft erwerbsunfähige Bezieher sind von der Bestimmung ebenfalls ausgenommen. Die Sozialhilfe wird maximal

Neues Leistungsrecht wird jetzt umgesetzt

Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz 863€ (2018)

Kategorie	Anzahl	Anteil
Erwachsene	1 Person	100%
	2 Personen	140%
	Jede weitere Person	+45%
Kinder	1 Kind	25%
	2 Kinder	40%
	3 Kinder	45%
	Jedes weitere Kind	+5%
Allein-Erzieher (zusätzlich)	1 Kind	12%
	2 Kinder	21%
	3 Kinder	27%
	Jedes weitere Kind	+3%



Quelle: sozialministerium.at



Beate Hartinger-Klein
FPÖ-Sozialministerin

Das „Sozialhilfegrundsatzgesetz – Mindestsicherung NEU“ ist für Menschen geschaffen worden, die sich in einer sehr schwierigen Phase ihres Lebens befinden. Es soll aber nicht dazu einladen, sich in der sozialen Hängematte auszuruhen. Arbeit wird sich durch unser Gesetz wieder lohnen!

Sozial UND fair

Es wurden alle 150 Stellungnahmen gesichtet. Den Inhalt dieser mehr als 1.000 Seiten haben wir zum Anlass genommen, unseren Entwurf in einigen Punkten noch zu präzisieren.

So ist in der Regierungsvorlage nun nochmals klar verankert, dass landesgesetzliche Sonderregelungen, die (finanzielle) Besserstellungen für Menschen mit Behinderungen vorsehen, weiterhin uneingeschränkt zulässig sind.

Neu ist auch ein verpflichtender Zuschlag für Menschen mit Behinderung sowie eine bessere Absicherung von Angehörigen, die demenzerkrankte oder minderjährige Familienmitglieder pflegen.

Neu und ausdrücklich verankert ist nun auch die Möglichkeit, in bestimmten Fällen Ausnahmen von der Deckelung bei den Geldleistungen vorzunehmen.

Die Kernanliegen wurden beibehalten, weshalb die Bedarfsdeckung im Sinne einer erhöhten Treffsicherheit stärker über Sachleistungen erfolgt. Die volle Leistung gebührt nur jenen, die auch bereit sind, sich zu integrieren. Die Zahlung wird bei Volljährigen beschränkt, um klarere Unterschiede zwischen Erwerbseinkommen und Sozialhilfebezug zu schaffen. Und wir berücksichtigen bundesweite Familienleistungen einheitlich bei Mehrkindfamilien stärker als bisher in der Mindestsicherung.

Das ist sozial UND fair.

gestellt: Sozialhilfe ist eine zeitlich begrenzte Hilfsmaßnahme und kein Dauerbezug in der sozialen Hängematte.

Mindestsicherungs-Chaos

Regelungen für Zuwanderer und Ausnahmeregelungen für behinderte Menschen

für zwölf Monate gewährt, danach muss ein neuer Antrag gestellt werden. Bestehende bessere Regeln der Länder für Sonderbedarf (Pflege, Behinderung) werden nicht berührt. Die Länder können einen Wohnzuschuss von 30 Prozent gewähren, um die unterschiedlich hohen Mietkosten in den Bundesländern zu berücksichtigen.

Keine Sozialhilfe im Knast

Straftäter erhalten während des Aufenthalts in der Haftanstalt keine Mindestsicherung, sondern haben erst nach ihrer Entlassung Anspruch darauf.

Die Kürzungen für Zuwanderer mit schlechten Deutschkenntnissen in Höhe von 300 Euro bleiben. Sie bekommen zukünftig lediglich 563 Euro. Die Differenz wird als Sachleistung zum „Arbeitsqualifizierungsbonus für Vermittelbarkeit“ gewährt, womit Sprachkurse finanziert werden sollen.

Eingeschränkt wird die Möglichkeit der Länder, auf das Vermögen der Betroffenen zuzugreifen. So soll etwa ein Auto, das zur Fahrt in die Arbeit benötigt wird, vom Zugriff ausgenommen sein. Zudem wird ein „Schonvermögen“ von 600 Prozent des Ausgleichszula-

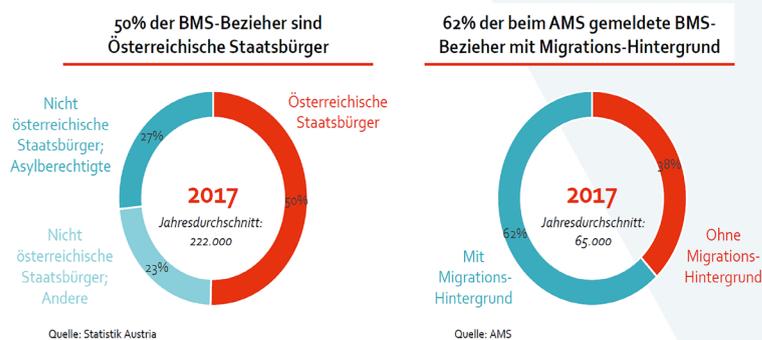
genrichtsatzes (knapp 5.300 Euro) sichergestellt. Zugleich wird die „Schonfrist“ für den Zugriff auf das Eigenheim bzw. die pfandrechtl. Eintragung im Grundbuch von bisher sechs Monaten auf drei Jahre erhöht.

Integration fördern

Die Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung haben sich in Österreich seit 2012 fast verdoppelt, 62 Prozent der Bezieher haben Migrationshintergrund, erinnerte Vizekanzler HC Strache: „Deshalb war es wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, die die Integration von Migranten am Arbeitsmarkt fördern und den Erwerb von Deutsch-Kenntnissen forcieren, weil damit auch eine wesentliche Voraussetzung für Integration und Vermittelbarkeit verbunden ist.“

Mit der Reform der Mindestsicherung werde jetzt endlich ein Grundsatzgesetz geschaffen, das die unterschiedlichsten Landesgesetze mit einer Übergangsfrist harmonisiere, betonte der FPÖ-Vizekanzler. Das Gesetz soll im Mai im Parlament beschlossen werden und die Länder müssen bis Jahresende entsprechende Durchführungsbestimmungen erlassen.

62% der BMS-Bezieher beim AMS mit Migrations-Hintergrund



Volle Sozialhilfe für Ausländer erst nach fünfjährigem Aufenthalt und für anerkannte Asylanten bei Integrationsnachweis.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Im Juni 2018 hätte einer der ganz großen Autoren unseres Lagers, Walter Bloem, seinen 150. Geburtstag gefeiert. Von besonderer literaturhistorischer Bedeutung ist sein Bestseller „Brüderlichkeit“, der sich intensiv mit den antisemitischen Tendenzen in den Verbindungen auseinandersetzte.

Es war eine Warnung vor der nationalsozialistischen Unterwanderung der Verbindungen und ein Appell an die „wahre Bundesbrüderlichkeit“, da er um den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Ausgrenzung der Juden fürchtete.

Brisante Umfrage

An diesen 1922 erschienenen Roman musste ich denken, als in HC Straches „Denkwerk“ über 700 Personen über den „neuen Antisemitismus“ der islamistischen Zuwanderer berieten. Bestätigt wird diese These nun durch eine Studie, die der Nationalratspräsident dieser Tage präsentierte:

Türkisch und Arabisch sprechende Umfrageteilnehmer stimmen antisemitischen Aussagen wesentlich stärker zu als die Gesamtbevölkerung. „Wenn ich jemanden kennenlerne, weiß ich nach wenigen Minuten, ob dieser Mensch Jude ist“, glauben 43 Prozent der Araber und 41 Prozent der Türken. „Wenn es den Staat Israel nicht mehr gibt, dann herrscht Frieden im Nahen Osten“ stimmen nur 11 Prozent aller Befragten, aber enorme 76 Prozent der Arabisch Sprechenden und 51 Prozent der Türkisch Sprechenden zu.“

Bloem beendete seinen flammenden Appell für mehr Menschlichkeit mit den Worten: „Helfen Sie, dass Christus über Wotan siege.“ – Heute hätte er vermutlich geschrieben: „Helfen Sie, dass Christus über Allah siege.“

WIRTSCHAFTSPOLITIK

OeNB-Chefs bestätigen Regierung

Die scheidende Notenbank-Spitzen, Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny und sein Stellvertreter Andreas Ittner, warnten bei ihrem letzten Auftritt vor dem Finanzausschuss des Nationalrates vor einer sich abzeichnenden Phase einer schwächelnden Wirtschaft in Europa. Es gelte, die Binnennachfrage zu stärken. Dazu sei das Land auf gutem Weg, denn das Wachstum sollte durch den „Familienbonus Plus“ wieder stimuliert werden.



FPÖ/OeNB

SOZIALPOLITIK

Karfreitags-Regelung fix

Die von FPÖ und ÖVP im Nationalrat beschlossene Karfreitags-Regelung wurde letzte Woche im Bundesrat mit 36 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen. Damit kann die neue Regelung rechtzeitig vor dem diesjährigen Karfreitag, am 19. April 2019, in Kraft treten.

Bundesregierung rettet Wiens Weltkulturerbe

Einsatz der FPÖ erreicht Stopp des rot-grünen Skandalprojekts

Nach dem alarmierenden Gutachten des Denkmalrats ICOMOS zum Heumarkt-Projekt fordert die Bundesregierung mehr als die verhängte zweijährige „Denkpause“ der SPÖ Wien.

Ein Gutachten von ICOMOS zum Projekt in der Wiener City hat für Aufregung gesorgt. Der Denkmalrat berät die UNESCO in Fragen des Weltkulturerbes, zu dem auch die Wiener Innenstadt gekürt wurde. Laut den Gutachtern würde das von der rot-grünen Stadtregierung genehmigte Gebäude das Stadtbild „zerstören“ und damit den Titel Weltkulturerbe auslöschen.

Rot-Grün muss reagieren!

Vizekanzler HC Strache betonte, dass das Projekt in dieser Form



Foto: BKA/Andy Wenzel

HC Strache: Ultimatum an Wien zur Sicherung des Weltkulturerbes.

nicht kommen dürfe. Es obliege jedoch der Stadt Wien, konkrete Maßnahmen zum Erhalt des Welterbe-Status zu treffen: „Welche Maßnahmen sie dafür setzen, bleibt

ihnen überlassen.“ – Die Stadt Wien könne in Verhandlungen mit den Investoren treten, die Pläne adaptieren (geringere Bauhöhe) oder gar einen Baustopp verhängen.

Koalition startet das „Digitale Amt“

Weniger Bürokratie, mehr und leichter zugänglicher Service für die Bürger, lautet die Maxime der Bundesregierung. Mit dem „Digi-

talen Amt“ wurde jetzt ein großer Schritt in diese Richtung getan.

In Österreich gibt es auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sehr unterschiedliche Verfahrensabläufe. Das wird nun einfacher gestaltet und gleichzeitig werden sichere Regeln für die digitale Verwaltung Österreichs geschaffen.

Auf oesterreich.gv.at werden alle Informationen aus den bestehenden Portalen help.gv.at, dem Unternehmensserviceportal, dem Rechtssystem und data.gv.at an einer Stelle gebündelt. Für Smartphones und Tablets ist die App „Digitales Amt“ verfügbar.

Um auf oesterreich.gv.at Amtswegen komplett online abzuwickeln, wird die Handy-Signatur als rechtsgültige elektronische Unterschrift im Internet benötigt. Damit können Formulare ausgefüllt und elektronisch signiert werden.

Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis, eine Bestätigung der Meldung des Kindes am Wohnsitz eines Elternteiles oder die Zustellung der e-Card können bereits elektronisch beantragt werden, sowie die An- oder Abmeldung des Hauptwohnsitzes. Für die kommende EU-Wahl kann man per Handy den Wahlkartenantrag stellen.

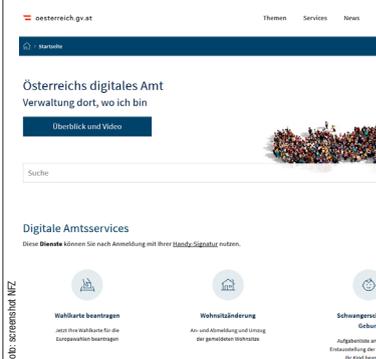


Foto: oesterreich.gv.at

Steuerfinanzierung statt ORF-Gebühren

Effizienzsteigerungspotenziale heben, um Bürger um 300 bis 320 Euro jährlich zu entlasten

FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs hat in der ORF-„Pressestunde“ bestätigt, dass die FPÖ das Ziel verfolgt, im Rahmen der Steuerreform die GIS-Gebühren für den öffentlich-rechtlichen ORF abzuschaffen und stattdessen eine Steuerfinanzierung einführen will.

„Wir sind dazu da, dass wir die Mittel, die benötigt werden, falls das Ganze aus dem allgemeinen Budget finanziert werden soll, entsprechend bereitzustellen“, betonte der freiheitliche Finanzstaatssekretär. Er wollte nicht ausschließen, dass man gar nicht den gesamten Betrag aus dem allgemeinen Budget finanzieren müsse, wenn man Effizienzsteigerungspotenziale im Bereich des ORF heben würde.

Für die Bürger gehe es jedenfalls um eine finanzielle Entlastung, egal ob diese aus reduzierten Steuern, Gebühren oder Sozialversicherungsbeiträgen komme – und die würde ohne GIS-Gebühr jährlich 300 bis 320 Euro betragen.

Aus seiner Sicht wäre dies „eine tolle Sache, wo wir uns alle gra-

tulieren können“. Er glaube auch, wie eine Umfrage des ORF-Publikumsrates bestätigte, dass eine Volksabstimmung in Österreich – anders als in der Schweiz – für Abschaffung der Rundfunkgebühr ausgehen würde.

„Also, die Unabhängigkeit ist ganz sicher nicht in Gefahr“, bemerkte Fuchs auf Kritik an diesen Plänen. Er verwies dazu auf Parallelen zur Nationalbank oder zum Budget für die Bundespräsidentenschaftskanzlei. Außerdem könnte man dem ORF ja auch einen budgetären Rahmen über mehrere Jahre hinaus fix zusagen.

13. und 14. Gehalt bleiben

Nichts ändern wollen FPÖ und Bundesregierung an der österrei-



Hubert Fuchs: „ORF-Gebühr als Teil der Steuerentlastung möglich.“

chischen Besonderheit des 13. und 14. Monatsgehalts. Daran werde die Koalition „sicher nicht“ rütteln, versprach Fuchs.

Das 13. und 14. Monatsgehalt wird in Österreich mit sechs Prozent deutlich geringer besteuert als

die übrigen zwölf. Und das bleibe auch so, betonte der FPÖ-Finanzstaatssekretär mit einem besonderen Vergleich: „Das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld gehören zu Österreich wie die Mozartkugel oder die Lipizzaner.“



Freiheitliches
Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

Partei Regierung Parlament EU

Am 26. Mai 2019 findet in Österreich die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Sollte der Brexit des Vereinigten Königreichs rechtzeitig über die Bühne gehen, dann werden in Österreich dabei 19 der insgesamt 705 Mandate vergeben. Aus Anlass dieser Europawahl werden die wichtigsten EU-Institutionen in den nächsten Wochen hier erklärt.

Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament (EP) wird gemeinhin als die „demokratischste“ der vielen EU-Institutionen bezeichnet, weil es seit dem Jahr 1979 direkt gewählt wird. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden alle fünf Jahre statt. Jedes Land organisiert den Wahlgang selbst und entsendet – je nach Bevölkerung – eine bestimmte Anzahl an Abgeordneten.



Die kleinsten Staaten schicken aktuell mindestens sechs Abgeordnete, während die größten maximal 96 entsenden. Allerdings soll das EP nach der kommenden Wahl durch den Brexit von 751 auf 705 Sitze verkleinert werden. Die Sitze Österreichs im EP würden sich damit von

derzeit 18 auf 19 erhöhen. Angesichts des noch nicht erfolgten Austritts Großbritanniens ist aber die Frage, ob diese Änderungen schon bei der Europawahl im Mai 2019 schlagend werden.

Ähnlich dem österreichischen Nationalrat organisieren sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments in politischen Fraktionen und nicht nach Mitgliedstaaten, obwohl sie im Idealfall die Interessen des eigenen Heimatlandes und seiner Bürger vertreten sollten.

Das Parlament hat jedoch – im Gegensatz zu nationalen Parlamenten – kein Initiativrecht. Die Gesetzesvorschläge kommen von der Kommission und müssen sowohl die Zustimmung des

EP als auch des Rats der Europäischen Union finden. Das EP kann die Kommission nur auffordern, in einer bestimmten Angelegenheit tätig zu werden.

Das Plenum des EP tagt zwölfmal jährlich in Straßburg, während die Ausschüsse in Brüssel abgehalten werden und die Verwaltung hauptsächlich in Luxemburg sitzt.

Der freiheitliche Delegationsleiter Harald Vilimsky und eine große Anzahl weiterer Abgeordneter bezeichnen diese Situation als „Wanderzirkus, der den Steuerzahler jährlich rund 125 Millionen Euro kostet“. Sie fordern daher eine Zusammenlegung der Parlamentsstandorte.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.



Harald Vilimsky

UNO-Migrationspakt: Nun doch verbindlich?

Was nun über den UNO-Migrationspakt ans Licht kommt, ist bedenklich: Interne Protokolle des deutschen Außenamtes, die jetzt veröffentlicht wurden, zeigen klar, wie weitreichend dieser Pakt hätte werden sollen. Einige Länder wollten den Pakt rechtsverbindlich gestalten und eine „deutliche Besserstellung irregulärer Migranten“ erreichen, berichtet der „Tagesspiegel“. So sei etwa „jegliche Unterscheidung zwischen regulären und irregulären Migranten“ abgelehnt worden. Abschiebungen müssten

verboten werden, es dürfe „keine Kriminalisierung“ geben. Zwar sind derartige Passagen dann nicht verabschiedet worden, aber die ganze Stoßrichtung des Dokuments wird so ersichtlich. Dieses stellt Migration einseitig positiv dar und erwähnt keinerlei Pflichten für Migranten.

Noch problematischer ist, was sich jetzt auf EU-Ebene abzeichnet: In der EU-Kommission kursiert ein Gutachten des Juristischen Dienstes, wonach Teile aus dem Migrationspakt sehr wohl für verbindlich erklärt werden könnten. Was alle Lügen straft, die rund um die Unterzeichnung stets die angebliche Unverbindlichkeit des Paktes behauptet hatten. Außenministerin Kneissl hat der Kommission bereits ein Statement übergeben, wonach UNO-Resolutionen nicht rechtsverbindlich sind und man auch nicht Teile für bindend erklären könne. Wie gut, dass Österreich dem Pakt nicht beigetreten ist, nach Warnungen der FPÖ.

EU „empfiehlt“ Österreich Steuererhöhungen

Der aktuelle Länderbericht der EU-Kommission empfiehlt der österreichischen Regierung die Umverteilung der Steuerlast hin zu Vermögens- und Umweltsteuern in Höhe von 2,7 Milliarden bis 6,5 Milliarden Euro.

„Der jüngste Bericht der EU-Kommission klingt, wie wenn er in der Arbeiterkammer erstellt worden wäre. Seine Vorschläge an Österreich: Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern, Erhöhung von Umwelt- und Grundsteuern sowie der Steuern auf Unternehmen“, wundert sich Ex-Presses-Chefredakteur Andreas Unterberger über die Steuerwut der Brüsseler Behörde.

Immerhin lobt die Kommission grundsätzlich den neuen „Familienbonus Plus“ der eine Senkung der Steuerlast auf Arbeit bedeutet. Laut Berechnungen der EU-Kommission bewirkt er sowohl – SPÖ aufgepasst – einen „Beschäftigungsanreiz für Frauen“ als auch eine leichte Steigerung des Wach-

tums. Auch das Armutsrisiko für Familien werde damit gesenkt.

Für künftige Steuerreformen empfiehlt die Kommission jedoch eine Umverteilung der Steuerlast, weg von den lohnbezogenen Abgaben hin zu „wachstumsfreundlicheren Einnahmequellen“, welche sie in den von Unterberger angeführten Steuervarianten entdeckt. Dass höhere Vermögenssteuer bisher nur eine „Vermögensflucht“ bewirken (siehe Frankreich), scheint der Kommission entgangen zu sein.



Neue Steuern für Österreicher?

„Backstop“: EU nicht als kolonialistische

Nicht Chaos, sondern die „Backstop“-Regelung ver



Die EU ignorierte das Aussöhnungsdenkmal „Hands Across The Divide“ in... tags-Abkommen“ wurde der Konflikt beigelegt und erst in dessen Folge 20

Brüssel und halb Europa lachen über die Briten, die im Parlament keine Mehrheit für irgendeinen „Brexit“ zusammenbringen. Nur, die Lacher zeigen damit bloß, dass sie den für die Briten de facto unannehmbaren Teil des „Brexit“-Vertrags, den „Backstop“ für Nordirland, nicht verstehen – oder die Zerschlagung Großbritanniens befürworten.

Denn Nordirland soll nach den Regelungen in dem von der EU und Premierministerin Theresa May ausgehandelten „Withdrawal Agreement“ Teil des Europäischen Binnenmarktes und somit den Regelungen der EU unterworfen bleiben. Mit anderen Worten: Brüssel behält sich Nordirland als Faustpfand für die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen der Union mit dem Nichtmehr-Mitglied Großbritannien.

Nordirland als EU-Kolonie

In weiteren Punkten des Artikel 4 wird festgelegt, dass die britische Regierung keinerlei Rechte mehr hat, um ihre Tätigkeit über Nordirland auszuüben. Denn jede Form der Einflussnahme auf den Markt ist ihr untersagt. London hat sich im Falle Nordirlands an die Regelungen der EU zu halten, auch an zukünftige, an denen sie keinerlei Mitspracherecht mehr hat.

Und weil das noch nicht genug ist, regeln die folgenden Artikel den freien Zugriff von EU-Unternehmen auf den nordirischen

Strommarkt, den Zugang für EU-Fischer zu nordirischen Hoheitsgewässern und sie verbieten jede Art von staatlicher Hilfe aus London, soweit die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Nordirland davon betroffen sind.

Deshalb weigert die Mehrheit der vom Volk gewählten britischen Abgeordneten den von den nicht-



Strafe für die Briten: EU-Ratspräsident wünschte den Austrittsbefürwortern „

...mt Nordirland ...en Faustpfand

...hindert eine „Brexit“-Zustimmung in London



Derry, das an das Ende des Bürgerkriegs erinnern soll. Mit dem „Karfreitag“ 1955 der letzte Kontrollposten zwischen Irland und Nordirland abgebaut.

gewählten EU-Bürokraten diktieren Vertrag, der laut Auftrag Berlins und Paris, eine Bestrafung für die aufsässigen Briten sein soll – und de facto auch eine ist.

Entmündigung Londons

Der „Backstop“ bleibt nämlich so lange in Kraft, bis eine dauerhafte Regelung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gefunden wurde, die Brüssel zugesagt. Diese Situation der Abhängigkeit wird dadurch verstärkt, dass Regelungen, die in Brüssel in der Übergangsphase getroffen wer-

den und an denen das Vereinigte Königreich nicht beteiligt ist, auch für Nordirland gelten sollen.

Um eine Grenze zwischen Irland und Nordirland zu verhindern, hat die EU auf eine neue innerbritische Grenze zwischen Wales, England, Schottland und eben Nordirland gedrängt. Ein Versuch, Großbritannien zu zerschlagen.

Wundert sich da noch jemand, dass im Vereinigten Königreich ein Sturm der Entrüstung über dieses Brüsseler Diktat, ausgebrochen ist?

Damit erklärt sich auch, weshalb Brüssel nicht gleichzeitig zu den Austrittsverhandlungen auch Gespräche über die zukünftigen Beziehungen führen wollte. Das hatte Großbritannien eigentlich gewollt, um ein Vakuum zu vermeiden. Jetzt ist wohl jedem klar, weshalb Brüssel das abgelehnt hat.

Dass ausgerechnet jene, Sozialisten, Grüne, Liberale und die Europäische Volkspartei, die im Bezug auf Afrika die Selbstgeißelung zur kolonialen Vergangenheit predigen, hier den Briten Nordirland als Kolonie der Union abpressen wollen, verwundert dabei auch nicht mehr: Denn es sind dieselben politischen Kräfte, die die Souveränität der Mitgliedstaaten zugunsten des ungehemmten Machtzuwachses für Brüssel kastrieren wollen.



...t Donald Tusk, hier mit Theresa May, ...einen besonderen Platz in der Hölle“.

KURZ UND BÜNDIG



„EU-Bauer“ kandidiert für FPÖ

Der bekannte Kabarettist Manfred Tisal, als „EU-Bauer“ langjähriger Star des Villacher Faschings, wird auf der FPÖ-Liste für die EU-Wahl am 26. Mai 2019 kandidieren. „Tisal gelingt es seit Jahrzehnten, die Absurditäten der EU auf ironische Art und Weise zu artikulieren und begeistert damit sein Publikum. Er passt hervorragend zur freiheitlichen Gemeinschaft und ich freue mich, dass wir eine so prominente Persönlichkeit als Kandidat gewinnen konnten“, erklärte der FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky.

Manfred Tisal wird in den kommenden Wochen und Monaten quer durch Österreich reisen und sein kabarettistisches Wahlprogramm präsentieren.

EuGH bestätigt Dublin-Regel

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Deutschland die Rückführung von Flüchtlingen in andere EU-Staaten erleichtert. Mängel im Sozialsystem stünden dem noch nicht entgegen, urteilte der Gerichtshof. Ein Abschiebeverbot bestehe erst, wenn in dem anderen Land eine unmenschliche und „extreme materielle Not“ drohe. Nach EU-Recht ist für einen Flüchtling grundsätzlich das Land zuständig, über das er erstmals in die EU gelangte. Zahlreiche Flüchtlinge in Deutschland machten aber geltend, dass eine Rückkehr in das Einreiseland unzumutbar und daher nun Deutschland für das Asylverfahren zuständig sei.



„Asyl-Lehre“ als Anreiz zum Asylmissbrauch

Der Vorsitzende der deutschen Verwaltungsrichter, Robert Seegmüller, gesteht gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ offen ein, dass mit der „Asyl-Lehre“ in Deutschland ein „Systembruch“ ermöglicht wurde. Denn wer zum Arbeiten nach Deutschland wolle, der müsse vorher um ein Visa ansuchen. Reist er illegal ein, wird er abgeschoben – ein abgelehnter Asylwerber, der eine Lehre antritt, nicht: „Damit wurde ein Anreiz für einen Missbrauch des Asylverfahrens zur Zuwanderung geschaffen.“

Auch deshalb sind Deutschlands Verwaltungsgerichte auf zwei Jahre hinaus mit Asylverfahren eingedeckt. In den Jahren 2015 bis 2018 sind insgesamt 600.000 Asylverfahren an den deutschen Verwaltungsgerichten eingegangen.

„Die durchschnittliche Verfahrensdauer hat sich infolge der hohen Belastung der Verwaltungsgerichte verdoppelt, von einem halbe auf ein Jahr“, erklärte. Und das obwohl die Planstellen der Ver-

waltungsrichter von 1.300 Verwaltungsrichter in der ersten Instanz 2015 auf bei 2.100 fast verdoppelt wurde.

Seegmüller gesteht ein, dass für viele das Sozialleistungsniveau für viele „Asylwerber“ ein wesentlicher Faktor ist, nach Deutschland zu kommen und hier auf jeden Fall bleiben zu wollen: „In kaum einem anderen Land gibt es Wohnung, Krankenversorgung und Zahlungen für den Lebensunterhalt auf einem solch hohen Niveau.“



Seegmüller: Kritik an Asyl-Lehre.

TERMINE

März
26 **Bürgerstammtisch der FPÖ Favoriten**

Die FPÖ Favoriten lädt am Dienstag, dem 26. März 2019, zum Bürgerstammtisch in die „Wienerfelder Schenke“ (Neilreichgasse 139, 1100 Wien). Beginn: 18.30 Uhr.

März
28 **Sprechstunde im „Blauen Bus“**

Die FPÖ Favoriten lädt am Donnerstag, dem 28. März 2019, zur Sprechstunde im „Blauen Bus“ am Tesarekplatz/Otto-Probst-Straße, 1100 Wien). Beginn: 17.00 Uhr.

März
31 **Ortsparteitag der FPÖ Raab**

Die FPÖ Raab lädt am Sonntag, dem 31. März 2019, zum Ortsparteitag ins „Smokers“ (ehem. Kino Raab, Pausinger Str. 2, 4760 Raab). Beginn: 10.30 Uhr.

April
2 **Bezirksteilstammtisch Stadlau**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 2. April 2019, zum Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

April
3 **Stammtisch der FPÖ Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 3. April 2019, zum Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

April
3 **Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 3. April 2019, zum Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen ins Gasthaus „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 64, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

April
4 **Seniorenstammtisch in Meidling**

Die FPÖ Meidling lädt am Donnerstag, dem 4. April 2019, zum Seniorenstammtisch ins Restaurant „Bierstöckl“ (Hetzendorferstraße 79, 1120 Wien). Beginn: 15.00 Uhr.

LESER AM WORT

**Wahlaufruf**

Der einstige EU-Beitrittseuphoriker Klaus Woltron, ehemaliger Industriellen-Lenker, Wirtschaftsphilosoph und Buchautor hat in der „Kronenzeitung“ vom Sonntag mit den scheinheiligen EU-Jublern abgerechnet, in seinem Beitrag mit der Überschrift: „Ich bin betrogen worden wie nie.“ Das ist nichts anderes als ein Aufruf bei der EU-Wahl am 26. Mai 2019 die FPÖ mit Harald Vilimsky zu wählen und deren Möglichkeiten zu stärken für eine Wende in der EU zum Schutz vor unkontrollierter Zuwanderung.

Helwig Leibinger, Wien

**Kinder-Demo**

Kinder wollen Regierungen zum Umweltschutz nach ihren Vorstellungen erpressen. Ich bin für Umweltschutz, aber jeder sollte selbst mit gutem Beispiel vorangehen und nicht nur andere „belehren“. Was genau die demonstrierenden Kinder und Jugendlichen (außer schulfrei) möchten, das ist nicht ganz

klar. Ich habe da ein paar Vorschläge für die jungen Umweltschützer: Geht zu Fuß zur Schule oder nehme das Fahrrad oder die Öffis statt euch von den Eltern mit dem Auto zur Schule chauffieren zu lassen. Verzichtet auf Junkfood, Dosengetränke und Getränke in Plastikflaschen. Verzichtet auf das Handy, lernt wieder Kopfrechnen. Trennt euren Müll und lasst eure Zigarettensammel und -packungen nicht überall fallen. Es gibt tausende Möglichkeiten zum Umweltschutz – und alle sind wirkungsvoller als Demos, die niemandem etwas bringen – außer politisches Kleingeld für manche Parteien.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Demo statt Schule?

Die linke Demonstrationskultur hat jetzt auch schon die Schüler erfasst. Frei nach dem Motto „Keine Schul“, Hauptsache Cool?“ Wenn schon Demo, dann in der Freizeit, liebe Schulschwänzer! Demo vor Schulpflicht hat hoffentlich Konsequenzen. Ich frage mich, was wollen diese Schülerchen gegen den Klimawandel, den es schon immer auch ohne Industrie, Flugzeuge, Autos, Treibstoff, furchender Kühe und böser Menschen gegeben hat, unternehmen? Ja, ich weiß, Schweden ist das Land der Pippi Langstrumpfs in ihrer Villa Kunterbunt

Cora Katzenberger, Puchenau

Haberzettl & Co.

Immer mehr Veruntreuungen der roten Genossen werden aufgedeckt. Jahrelange Bereicherungen durch Abzweigen öffentlicher Gelder, damit die Sozis ein bequemes Leben auf Kosten der Steuerzahler führen können. Die Wähler werden das nicht vergessen und dem roten Pack bei den kommenden Wahlen hoffentlich den entsprechenden Dämpfer versetzen!

J.G. Ehrenreich, Wien

**Billiger AK-Werbetrick**

Für mich ist es unerklärlich, dass der Europäische Gerichtshof der Klage eines Atheisten, mit Unterstützung der roten Arbeiterkammer, der Klage überhaupt stattgegeben hat. Europäischer Gerichtshof? Rote Arbeiterkammer? Gottloser Atheist? Rein zufällig Arbeiterkammerwahl – einfach SPÖ? In diesem Sinne: Nein Danke!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Der rote „Wien-Bonus“ bleibt eine Mogelpackung

Meldezettel alleine als Gradmesser für Qualifikation und Integration?

Die Ankündigung von Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig, im Bereich der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes einen „Wien-Bonus“ einzuführen, kritisierte Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp als „reine Mogelpackung“.

„Wenn Ludwig jetzt ehrlich draufgekommen sein will, dass die Arbeitslosenquote zu hoch ist, dann hätte er gleichzeitig auch eingestehen müssen, dass dies das alarmierende Ergebnis fahrlässiger sozialdemokratischer Zuwanderungspolitik ist“, bemerkte Nepp.

Fluchtpendler im Magistrat

Wenn sogar ein Drittel der bei der Stadt Wien beschäftigten Arbeitnehmer in Wahrheit Pendler sind, liege das in hohem Maße auch daran, dass das rote Wien viele Wiener wegen des hohen Ausländeranteils und der damit verbundenen Prob-



Nepp: „Der Meldezettel als alleiniger Gradmesser für Qualifikation?“

lemen dazu bewogen habe, in das scheinbar lebenswertere Umland zu übersiedeln.

Gleichzeitig werde der Wiener Arbeitsmarkt und das Sozialbudget durch gar nicht oder unzureichend qualifizierte Wirtschaftsflüchtlinge belastet. „Jobchancen bei der Stadt Wien vom Wiener Meldezettel abhängig zu machen, ist eine rote Blendgranate, die von den wahren Problemen ablenkt“, kritisierte

Nepp. Diese negative Entwicklung lasse sich nur durch einen Zuwanderungsstopp für Wirtschaftsflüchtlinge und die Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze abstellen.

„Ein echter Wien-Bonus wäre etwa eine völlige Entrümpelung von bürokratischen Hürden und Auflagen, die Wien unter roter Politik längst zu einem wirtschafts- und unternehmerfeindlichen Standort gemacht haben“, sagte Nepp.

Linke Randgruppen am Dauertropf

„Die Förderpolitik der rot-grünen Stadtregierung ist erschreckend“, empörte sich FPÖ-Bildungssprecher, Stadtrat Maximilian Krauss. Zwar erhalte der linke „Kulturvereins WUK“ in der Währinger Straße jährlich schon eine Basisförderung von 1,37 Millionen Euro, das für alles verwendet wird, nur nicht für die Erhaltung der Räumlichkeiten. So ist der Verein jetzt zur Sanierung der desolaten Elektrizität vorstellig geworden, die 850.000 Euro kosten sollen. Und schon erklärte sich Rot-Grün bereit, die Hälfte dieser Kosten zu übernehmen.

„440.000 Euro will Rot-Grün für die Renovierungsarbeiten bereit-

stellen. Geld, von dem die Stadt behauptet es nicht zu haben und das anderen Vereinen – wie etwa dem mobilen Kinderhospiz MOMO – verwehrt bleibt“, kritisierte Krauss die Förderpolitik der Rathauskoalition: „Es ist nicht Aufgabe der Stadt, die sündteure Generalsanierung von kulturellen Einrichtungen zu finanzieren, wenn diese bereits ausreichend Unterstützung auf anderen Ebenen erhalten.“

So aber werde die rot-grüne Kulturförderungspolitik in Wien „zum Selbstbedienungsladen für linkslinke Vereine“, während andere Organisationen leer ausgehen lassen, kritisierte Krauss und forderte ein Umdenken der Stadtregierung.



WUK: Trotz Millionen-Förderung auch noch Sanierungszuschuss.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Ich geb's zu. Was eine „task force“ ist, musste ich bei Wikipedia nachschlagen.

Weil doch die Frau Rendi eine fordert.

Asylanten-Task

Und ich habe verschiedene Bedeutungen gelesen: Maritime Einsatztruppe, Katastrophenschutzeinheit, Krisenstab, Sturm über dem Pazifik, Arbeitsgruppe.

Die sogar von ihren Genossen schon angezweifelte Chefin der Roten kann, denk ich mir, den Pazifik-Sturm nicht gemeint haben. Es sei denn, ein neues Nobelokal in der Stadt heißt so. Also fällt mir der alte Spruch ein: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ ich einen Arbeitskreis.

Mir ist aber nicht klar, warum ein Mord durch einen Asylanten in einem Gericht eine – ich sag's deutsch – Arbeitsgruppe nach sich zieht. Wenn ich in der Marxergasse aufs Gericht geh, werde ich durchleuchtet wie vor einem Flug. Gürtel weg, Armbanduhr runter, Taschenmesser her, Münzen raus. Bis es nicht mehr piepst.

Das haben sie leider in Dornbirn nicht gemacht. Weil sie – schön wär's ja, wenn man's könnte – zu viel Vertrauen in die Besucher gehabt haben. Ab sofort wird dort halt auch kontrolliert.

Piepsen hört man's schon jetzt. In Wien. Nicht von den Bäumen im Volksgarten, sondern aus der nahen Löwelstraße.

VORARLBERG **Pflegepusch**

ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner hat wieder einmal versprochen, die Unterstützung der häuslichen Pflege mit jener im Heim finanziell gleichstellen zu wollen. „Das ist nicht das erste Mal, dass Landeshauptmann Wallner ein derartiges Versprechen abgibt. Das jüngste Fördermodell zur 24-Stunden-Betreuung weist aber große Lücken auf“, kritisierte FPÖ-Sozialsprecherin Cornelia Michalke und forderte Wallner auf, endlich ein klares Konzept vorzulegen.

NIEDERÖSTERREICH **Begrüßte Prüfung**

Niederösterreichs Sicherheitslandesrat Gottfried Waldhäusl begrüßt die Untersuchung der Vorgänge rund um das Asylquartier Drasenhofen: „Ich bin froh, dass die Behörden sich der Sache annehmen und feststellen werden, dass alles rechtens und in bester Ordnung war.“ Den für ihn habe die Sicherheit seiner niederösterreichischen Landsleute nach wie vor oberste Priorität.

FPÖ lehnt Zwangsfusionen von Gemeinden in Tirol ab

Freiheitliche wollen finanzielle Anreize des Landes für Kooperationen

Weil die Gemeinden unter dem Sparkurs zugunsten des Landesbudgets in Bedrängnis geraten, überlegt die ÖVP-Tirol jetzt Zwangsfusionen.

„Zwischen freiwilliger Gemeindegemeinschaft und Zwangsfusion gibt es einen Mittelweg“, wies FPÖ-Landesparteiobermann Markus Abwerzger Forderungen von ÖVP-Politikern nach Zwangsfusionen von Gemeinden zurück. Das sei kein taugliches Mittel, die FPÖ werde behördlich vorgeschriebene Zusammenlegungen von Tiroler Kommunen ablehnen.

Anreize statt Zwang

Gerade bei den Verwaltungskosten könnte mittels gemeindeübergreifender Kooperationen massiv gespart werden, erläuterte Abwerzger und nannte als Beispiel den Straßendienst. „Daher braucht es nachhaltige und effektive finan-

TIROL 

Abwerzger: „Keine Zwangszusammenlegung von Gemeinden!“

zielle Anreize seitens des Landes für interkommunale Zusammenarbeit“, betonte der FPÖ-Landeschef.

Dafür brauche es aber auch eine radikale Kursänderung und einen Belastungsstopp von Seiten des Landes. „Es muss endlich der Fi-

nanzkurs der schwarz-grünen Landesregierung beendet werden“, forderte Abwerzger. Denn derzeit laute das unselige Motto der Landesregierung lediglich: „Schwarze Null im Landeshaushalt zu Lasten der Tiroler Gemeinden.“

KÄRNTEN 

Freiheitliche legen zu

Kärntens FPÖ-Landesparteiobermann Gernot Darmann gratulierte den Freiheitlichen Arbeitnehmern (FA Kärnten) zum Zugewinn von 3 Mandaten bei der diesjährigen AK-Wahl in Kärnten.

„Angesichts der Übermacht der roten Gewerkschafter in der Arbeiterkammer haben sich die Freiheit-

lichen Arbeitnehmer gut behaupten und zulegen können“, kommentierte Darmann den stärksten Zugewinn aller Fraktionen in Höhe von 4,6 Prozent auf nunmehr 13,1 Prozent.

Als „ernüchternd“ bezeichnete der FPÖ-Landesobmann jedoch die erneute desaströse Wahlbeteiligung: „Wenn man bedenkt, welchen enormen Werbeaufwand AK-Präsident Günther Goach betrieben hat und wie viel Geld in diesen Wahlkampf geflossen ist, so kann wohl niemand mit einer Wahlbeteiligung von 38,5 Prozent zufrieden sein.“

Goach habe es geschafft, die geringe Wahlbeteiligung der letzten AK-Wahl von 40 Prozent weiter zu senken. In Wahrheit habe die FSG gerade noch ihre eigenen Parteigänger zur Wahlurne gebracht, meinte Darmann: „Die rote Arbeiterkammer ist weit entfernt von den wahren Sorgen der überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmer!“



Freiheitliche Arbeitnehmer mit kräftigem Zugewinn in Kärnten.



32. Ordentlicher Landesparteitag der FPÖ – die Tiroler Freiheitlichen

Freitag, 12. April 2019
Congresspark in Igls, Beginn 18.30 Uhr

Tagesordnung:

- Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Totengedenken
- Genehmigung der Tagesordnung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Landesparteitages
- Einsetzung einer Mandatsprüfungs-, Wahl- und Stimmzählungskommission sowie zweier Protokollbeglaubiger
- Statutenänderungen
- Bericht des Landesfinanzreferenten Peter Wurm und der Rechnungsprüfer sowie Entlastung
- Bericht des Landesparteiobermannes Markus Abwerzger
- Bericht des Bundesparteiobermannes Heinz-Christian Strache
- Wahlen
 - des Landesparteiobermannes
 - der Landesparteiobermann-Stellvertreter
 - des Landesfinanzreferenten
 - der weiteren Mitglieder des Landespartei Vorstandes
 - die Anzahl der weiteren Mitglieder der Landesparteileitung
 - der Rechnungsprüfer
 - des Landesparteigerichtes
 - der Delegierten und Ersatzdelegierten zum nächsten Bundesparteitag
- Anträge, Resolutionen und allgemeine Aussprache
- Schlusswort des neu gewählten Landesparteiobermannes

LABg. Mag. Markus Abwerzger
Landesparteiobermann

BURGENLAND 

Gute Laune beim Arbeitsgespräch über die Sicherheit im Burgenland.

Das Vorbild-Bundesland in Sachen Sicherheit

Sicherheitsgipfel: Personalaufstockung für Burgenlands Exekutive

Die Sicherheit im „Vorbild-Bundesland“ Burgenland erhält weiterhin die volle Unterstützung von Seiten des Innenministeriums.

Burgenlands freiheitlicher Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und der burgenländische Landespolizeidirektor Martin Huber trafen vergangene Woche Innenminister Herbert Kickl zu einem Arbeitsgespräch über die Personalentwicklung, die Bauvorhaben für die Polizei und die Grenzkontrollen in ihrem Bundesland.

„Das Burgenland gehört nicht nur wirtschaftlich und gesellschaftlich zu den Top-Regionen Österreichs, sondern zählt auch im Bereich Sicherheit zu den Spitzenreitern“, lobte der Innenminister die Zusammenarbeit mit der rot-blauen Landesregierung.

Mehr Sicherheitspersonal

Dass es dabei bleibt, dafür werde er mit weiteren Personalzuteilungen – so werden heuer 27 Polizeischüler sowie 56 Grenzbeamte ihre Ausbildung beenden – sowie mit einer neuen und verbesserten Ausrüstung seinen Anteil beitragen.

Zudem kündigte Kickl an, dass die Grenzkontrollen zu Ungarn und der Slowakei fortgesetzt werden, solange es keinen effektiven und lückenlosen EU-Außengrenzschutz gebe.

Im Gegenzug werde das Burgenland den Minister bei seinen aktuellen Gesetzesvorhaben unterstützen, erklärte Tschürtz: „Der Schutz der eigenen Bevölkerung ist oberstes Gebot jeder staatlichen Autorität. Die Politik ist daher verpflichtet, geltendes Recht an aktuelle Gegebenheiten anzupassen und eben nicht als unabänderlich hinzunehmen.“

Misstände im SPÖ-Ressort

Die Notwendigkeit einer Neuregelung der Mindestsicherung sieht FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann durch das Ergebnis einer von den Freiheitlichen beantragten Prüfung des Vollzugs durch den Landesrechnungshof als auch durch eine interne Prüfung von der zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus bestätigt.

„Laut aktuellen Medienberichte sind die Prüfer auf massive Misstände und Malversationen gestoßen. So sollen unter anderem Mindestsicherungsleistungen in den

einzelnen Bezirken völlig unterschiedlich ausbezahlt worden sein, Dokumente dürften in vielen Akten zuhauf fehlen und bei den Sanktionsmaßnahmen soll es ebenfalls zu völlig konträren Vorgehensweisen in den verschiedenen Bezirksverwaltungsbehörden gekommen sein“, sagte der FPÖ-Klubobmann.

Er erwarte sich dazu auch klare Worte vom Koalitionspartner ÖVP in Richtung SPÖ: „Denn wohin sozialistische Geldverschwendung führe, sehe man am Negativbeispiel Wiens“, erklärte Hermann.

STEIERMARK 

Hermann: „Misstände bei der Sozialhilfe sofort abstellen!“



Johann Tschürtz
FPÖ-Landesparteiobmann Burgenland

Eine gut ausgebaute und sichere Infrastruktur ist für das Burgenland sehr wichtig und hier natürlich das hochrangige Streckennetz.

Das Burgenland ist ein „Land der Pendler“ und viele meiner Landsleute sind dabei auf das Auto angewiesen. Daher müssen wir für ein sicheres Straßennetz sorgen. Es ist eine immens wichtige Unterstützung, dass derzeit – von der A 4 im Nordburgenland bis zur S 7 im südlichsten Landesteil – eine der größten Infrastruktur-Offensiven der letzten Jahrzehnte umgesetzt wird.

Sichere Straßen

Mit dem Verkehrssicherheitsausbau der S 31 vom Knoten Matersburg bis zur Anschlussstelle Weppersdorf/St. Martin und dem 2020 beginnenden Ausbau der S 4 Richtung Wiener Neustadt wird das hochrangige Straßennetz im Burgenland nachhaltig aufgewertet. Das bringt vor allem ein großes Plus in Sachen Verkehrssicherheit und senkt das hohe Unfallrisiko auf diesen Strecken, stärkt aber auch den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt massiv.

Alle Lenker die hier in den kommenden Jahren in den Baustellenbereichen unterwegs sind, bitte ich daran zu denken: Hier wird gebaut, damit sie in Zukunft sicher unterwegs sind.

Mein Dank gilt Infrastrukturminister Norbert Hofer, der alle Anstrengungen unternimmt, um ein modernes, leistungsfähiges und vor allem ein sehr sicheres hochrangiges Straßennetz bundesweit zur Verfügung zu stellen: Autobahnen und Schnellstraßen, die Unfälle vermeiden und den Wirtschaftsstandort mit den Arbeitsplätzen absichern sollen.

GEZWITSCHER



Isabella Fischer

@fischer_gruber



Waren Politiker früher auch so peinlich oder kommt uns das nur so vor, weil sie uns heutzutage täglich via Twitter zeigen, wie fehl sie am Platz sind?

12.03.19 14:22

Die tägliche Inszenierung der eigenen Selbstüberschätzung.

Alexander #Prolet

@DonQuijote324



Tja, das sehen halt die Manager von der #Mercer Studie nicht...wenn Sie im #Sacher nächtigen,und auf der Kärntner Straße bummeln..und #Wien zur lebenswertester Stadt wählen!

Gleich drei Messerattacken in Wien

13.03.19 05:12

Die SPÖ Wien jubelt über das „Urteil“ ausländischer Manager. Das der Wiener fällt ganz anders aus.

WHATSAPP



⚠️ Danke, Herbert Kickl! ⚠️

➡️ Eine langjährige FPÖ-Forderung wird unter unserem Innenminister umgesetzt, denn die Koalition zieht bei der Rechtsberatung von Asylwerbern die Agenden an sich.

GEFÄLLT MIR



HC Strache

19.03.2019

62 Prozent der Mindestsicherungsbezieher haben Migrationshintergrund. Mit der neuen Wartefrist verringern wir die Magnetwirkung für Zuwanderung in unser Sozialsystem.



4.097 Personen gefällt das.

Wahlversprechen gehalten: Die Reform der Mindestsicherung Neu wie versprochen: Sozial UND fair!

Umfrage: ORF-Information bringt Wunschkonzert für Linke

Nur mehr Hälfte der Österreicher sieht Objektivitätsgebot erfüllt

Eine Umfrage des Publikumsrats zur ORF-Information bestätigt die Kritiker des Staatsfunks: Eine Wohlgefühlangebot für links verortete Zuseher.

Eine aktuelle Publikumsumfrage zum Vertrauen in die ORF-Information sorgt für Gesprächsstoff: Die Erwartung des Publikums an glaubwürdige Berichterstattung ist höher als das, was der ORF zeigt: 65 Prozent finden objektive und sachliche Berichterstattung sehr wichtig und weitere 19 wichtig. Aber nur 22 Prozent der Österreicher sehen diese vom ORF „sehr gut“ verwirklicht, weitere 31 Prozent der Befragten „verwirklicht“.

Wenig überraschend: Das höchste Vertrauen in den ORF haben Menschen, die sich selbst als links



ORf-Information: Wohlgefühl-News für die linke Meinungsblase.

bezeichnen und ein höheres Vertrauen in „gesellschaftliche Institutionen“ haben.

Diese Umfrage ist bezeichnenderweise vom SPÖ-nahen Institut Sora gemacht worden, das viele Aufträge vom ORF hat. Erstaunlich allerdings die drei klaren Empfehlungen der Studie zur „weiteren“ Hebung der Glaubwürdigkeit

des ORF: Unparteiisches Verhalten der Moderatoren und Journalisten; für das Publikum sichtbar machen, dass zuverlässige Quellen verwendet und Fakten sorgfältig geprüft werden; auf Vielfalt der Blickwinkel in der Berichterstattung achten. Alles eigentlich ein Muss für jeden öffentlich-rechtlichen Sender. Demnächst auch für den ORF?

FPÖ IN DEN MEDIEN

Mit der angedachten Änderung der ORF-Finanzierung hat FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs die Medien aufgeschreckt. „Die Presse“ läutete prompt bei Bundeskanzler Sebastian Kurz an, um bestätigt zu bekommen, dass

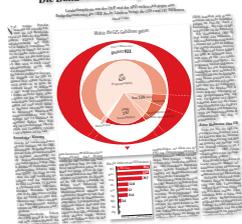
Kanzler Kurz will „ordentliche“ ORF-Finanzierung

Seit dem Sommer 2018 sind die ORF-Länderbeiträge von 1,2 auf 1,1 Milliarden Euro gesunken. Die FPÖ fordert eine Erhöhung auf 1,5 Milliarden Euro. Kanzler Kurz hat sich für eine Erhöhung auf 1,2 Milliarden Euro ausgesprochen.

die sich die Koalition das Thema „anschauen werde“. Darauf reagierte die Alt-Schwarzen Landeschefs aufgeschreckt, landet doch – mit Ausnahme von Oberösterreich und Vorarlberg – ein Drittel der GIS in ihrer Landeskassa für „landesfürstliche Gnadenakte“.

Auch „Der Standard“ warnt vor ei-

Die Bundesländer hängen an der GIS



ner Übernahme der dänischen Regelung, wo nach Eingliederung des Staatsfunks in den Staatshaushalt, dessen Budget um 20 Prozent

gekürzt wurde. Derzeit landen von den rund 920-GIS-Millionen nur rund 620 Millionen beim ORF.

Das neue Magazin

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

Bleib informiert auf [f/fpoe](https://www.facebook.com/fpoe)

Lisa Gubik **Christian Schuch**

Thilo Sarrazins Warnung vor der Islamisierung Europas

Podiumsdiskussion der Freiheitlichen Akademie Wien über demografische Zukunft Europas

Die Freiheitliche Akademie lud am Donnerstagabend vergangener Woche zur Buchpräsentation von „Feindliche Übernahme – Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“ des ehemaligen deutschen SPD-Politikers, Wirtschaftsmanagers, Bankers und Bestseller-Autors Thilo Sarrazin mit anschließender Diskussion in die bis auf den letzten Platz besetzten Wiener Sofiensälen.

Islamisierung über Demografie

In seinem jüngsten Werk analysiert der 75-Jährige den Islam und dessen Bedrohungsszenario für Europa „als gelernter Beamter völlig unaufgeregt und auf akribisch recherchierte Fakten gestützt“, wie er betonte.

Es sei Fakt, dass die meisten Einwanderer der letzten Jahrzehnte nach Europa aus muslimischen Ländern gekommen seien, die sich auch am schlechtesten in die hiesige Gesellschaft integrieren – und

das werde sich auch in Zukunft nicht ändern. Im Gegenteil, wenn Europa nicht die Notbremse ziehe, würden die Moslems in spätestens zwei Generationen, also in 40 bis 60 Jahren, in den westeuropäischen Ländern die Mehrheit stellen. „Was das mit hoher Wahrscheinlichkeit bedeuten wird: Das Ende unserer westlichen Werte“, erklärte Sarrazin recht unverblümt.

In den Medien und der Politik werde dieses Szenario verdrängt oder uminterpretiert, so unter dem Motto „weiter, wie bisher“. Dies sei ein „unglaubliches Armutszeugnis Europas“, bemerkte Sarrazin.

Vizekanzler HC Strache erinnerte, dass die FPÖ seit Jahren auf diese Problematik hinweise. In Wien gebe es etwa im Bezirk Brigittenau unter 7.300 Schülern nur noch 450 autochthone Österreicher. Unter den Volksschülern in Wien gebe es sogar insgesamt schon 50 Prozent Moslems.

FPÖ-Generalsekretär Harald



Autor Thilo Sarrazin (Mitte) und seine Mitdiskutanten zum Thema Islam.

Vilimsky schilderte seine Impressionen aus Brüssel, wo die Polizei in Migranten-Ghettos wie den Bezirk Molenbeek gar nicht mehr hineinfahre. Berechnungen hätten ergeben, dass Moslems in der Stadt schon ab 2030 in der Mehrheit sein würden.

Deshalb komme es bei der bevorstehenden EU-Wahl darauf an, den herrschenden Altparteien Adieu zu sagen, appellierten HC Strache und Vilimsky an die Bürger, bei den Wahlen zum Europaparlament teilzunehmen, um die gefährliche Entwicklung zu stoppen. *ar.*

Millionär werden mit dem „ÖsterreichSuperBonus“

EuroMillionen verlost am 22. März
3 x 1 Million Euro zusätzlich

Bei der EuroMillionen Ziehung am Freitag, den 22. März 2019 wird es definitiv drei neue EuroMillionen Millionäre in Österreich geben. Denn der „ÖsterreichSuperBonus“ macht an diesem Tag zusätzlich drei Spielteilnehmer reicher als reich. Es werden unter allen in Österreich mitspielten Tipps der Ziehungen von Dienstag, den 19. März und Freitag, den 22. März 2019 und unabhängig vom „ÖsterreichBonus“ 3 x 1 Million Euro verlost.

Die Quittungsnummern werden unter anderem auf win2day.at, über die Lotterien App, im Teletext und in den Annahmestellen bekannt gegeben.



„25 fette Jahre“ mit Rubbellos

3.000 Euro, 5.000 Euro oder 10.000 Euro monatlich für 25 Jahre

„25 fette Jahre“, „25 super fette Jahre“ und „25 mega fette Jahre“ – so heißen die drei fettesten Rubbellose der Österreichischen Lotterien mit Hauptgewinnen bis zu 100.000 Euro und monatlichen Zahlungen bis zu 10.000 Euro, und das 25 Jahre lang! Echt fett, oder?

Bei „25 fette Jahre“ wartet ein Sofortgewinn in Höhe von 25.000 Euro und eine monatliche Zahlung von 3.000 Euro. Bei „25 super fette Jahre“ wartet ein Sofortgewinn in Höhe von 50.000 Euro und eine monatliche Zahlung von 5.000 Euro. Bei „25 mega fette Jahre“ wartet ein Sofortgewinn in Höhe von 100.000 Euro und eine monatliche Zahlung von 10.000 Euro. Neben den Hauptgewinnen gibt es noch zahlreiche weitere Gewinne von 3 Euro bis 50.000 Euro. Erhältlich sind die Rubbellose in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien um 3, 5 oder 10 Euro.



Sozialministerin ehrte Seniorenring-Funktionäre

Anfang März wurden in den Räumlichkeiten des Sozialministeriums vier Funktionäre des Österreichischen Seniorenrings für ihre Verdienste um die Republik Österreich von Ministerin Beate Hartinger-Klein geehrt.

Die FPÖ-Sozialministerin überreichte das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich an Elfriede Lanterdinger und Anton Brandt aus Oberösterreich, sowie

Elisabeth Bäcker aus Wien. Herbert Winter aus Salzburg erhielt die Goldene Medaille der Republik Österreich.

Anwesend waren bei der Ehrung die Landeschefs der Seniorenring-Funktionäre, Walter Ratt (Oberösterreich), Marlies Steiner-Wieser (Salzburg), Johann Herzog (Wien) sowie der Senioren-Bundesobmann Werner Neubauer.



Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (Bildmitte) mit den geehrten Seniorenring-Funktionären (links im Bild) und deren Landeschefs.



FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
BEZIRKSGRUPPE FAVORITEN

WSR

Samstag

13.
April 2019

Seniorenausflug Schloss Hof im Marchfeld

Ablauf und Programm:

- 09 Uhr Hauptbahnhof Wien (Treffpunkt: gegenüber ÖBB-Zentrale)
- Führung Schloss Hof
- Gemeinsames Mittagessen
- Besuch des Ostermarktes
- ca. 18 Uhr Ankunft in Wien



Teilnehmerbeitrag:

für FPÖ- oder WSR-Mitglieder: 20 Euro
für Nicht-Mitglieder: 30 Euro

- * inkl. Busfahrt
- * inkl. Führung Schloss Hof
- * inkl. 3-gängiges Menü und Getränk

Anmeldung unter sonjamikas@gmail.com oder per
Telefon bei Sonja Mikas (0676/944 1040)

FPÖ
Gallspach
zu Liebe

Die FPÖ-Gallspach lädt zum

37. Markt- Heurigen

am Samstag, 30. März 2019
ab 16:00 Uhr
im **KURSAAL Gallspach**



Großes Heurigenbuffet



Original Hauerweine

„Gut gelaunt in die Sommerzeit!“



fpoe.eu

FPÖ

NAbg. GR Mag. Roman Haider
Oberösterreich

MEP GS Harald Vilimsky
Spitzenkandidat

NAbg. Petra Steger
Wien

Heinz-Christian Strache
Vizekanzler

LAbg. Vzbgm. Karin Berger
Salzburg

Andrea Kerbleder
Vorarlberg

GR Dipl.-Ing. Dr. Josef Graf
Burgenland

GR Maximilian Kurz
Tirol

MEP Mag. Dr. Georg Mayer,
M.B.L.-HSG
Steiermark

LAbg. GR Mag. Elisabeth Dieringer-Granza
Kärnten

LAbg. Vesna Schuster
Niederösterreich

Heinz-Christian Strache:

Mein Team für ein starkes Österreich in Europa

FPÖ

fpoe.eu